

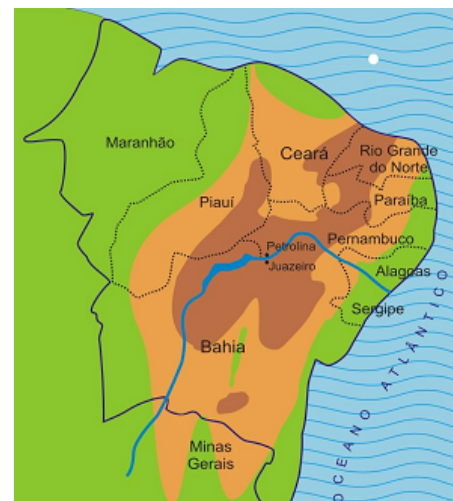


Sertão: Kampf für Schöpfung und Gerechtigkeit

Die CPT unterstützt Kleinbauernfamilien im Norden Bahias bei der Verteidigung ihrer Weide- und Anbauflächen gegen den Landraub durch Großprojekte

*„Keine Familie ohne Haus, kein Bauer ohne Land, kein Arbeiter ohne Rechte“
(Papst Franziskus in einer Rede im Vatikan, Oktober 2014)*

Diese Forderung des Papstes könnte als Motto auch die Arbeit der „Bischöflichen Kommission für Landpastoral“ (Comissão Pastoral da Terra - CPT) in Brasilien überschreiben. Seit mehr als 40 Jahren setzt diese sich überall im ländlichen Raum Brasiliens für die Rechte von Kleinbauern- und Landarbeiterfamilien ein, je nach Notwendigkeit mit unterschiedlichen Schwerpunkten in den verschiedenen Regionalstellen. Im Norden des Bundesstaates Bahia mit seinen drei Diözesen Juazeiro, Bonfim und Ruy Barbosa berät die CPT Kleinbauernfamilien in allen Aspekten von Landfragen und unterstützt sie bei der Verteidigung ihrer Ländereien gegen Großprojekte.



Landinvasion durch Bergbau- und Windkraftprojekte

Im vorliegenden Projekt der CPT, das seit 2014 läuft und von MISEREOR finanziert wird, geht es vor allem um die Bedrohung kleinbäuerlichen Gemeindelandes durch den Bergbau und die Einrichtung von Windparks. Es gilt, sich den Übergriffen und der illegalen Landaneignung durch die Unternehmen entgegenzustellen. Die von ihnen verursachten Umwelterstörungen will die betroffene Bevölkerung nicht länger stillschweigend hinnehmen. In ebenfalls von MISEREOR unterstützten Vorprojekten wurde bereits einiges erreicht: Dank der Beratungs- und Aufklärungsarbeit der CPT wissen viele Gemeinden in der Region um ihre Rechte in Landnutzung und im Umweltbereich. Einer Gemeinde in der Diözese Juazeiro ist es beispielsweise gelungen, einen neuen Gesetzesvorschlag auf lokaler Ebene einzubringen, der ihre Interessen vertritt. Und in der Diözese Bonfim führen drei Gemeinden erfolgreich öffentlichkeitswirksame Aktionen durch, um ein beschlossenes Abkommen zum Schutz eines für sie lebenswichtigen Quellgebietes durchzusetzen. Ein weiteres Ergebnis der CPT-Arbeit vergangener Jahre ist die verschärfte Kontrolle von Unternehmen durch die Staatsanwaltschaft von Bahia. Mit Hilfe von Abmahnungen, Strafzahlungen und Auflagen trägt sie dazu bei, umwelt- und gesundheitsschädliche Unternehmenspraktiken einzudämmen.

Missachtung von Bodenrechten

„Eine unserer größten Sorgen gilt dem ungezügeltten Wasserverbrauch durch Großprojekte wie etwa der Flussumleitung des Rio São Francisco, die vor allem der Wasserversorgung von agroindustriellen und Tourismuskomplexen dient“, klagt das

Team der „CPT Centro Norte“ aus Bahia in ihrem Bericht an MISEREOR. „Der Wasserstand des Flusses ist auf ein derart niedriges Niveau gesunken, dass die Versorgung in den Anrainergemeinden und in einigen großen Städten des Nordostens bedroht ist.“ Das Versprechen, die immer knapper werdenden Wasserressourcen zumindest für die Energiegewinnung nicht weiter anzugreifen, versucht die Landesregierung mit der Einrichtung großer Windparks umzusetzen – häufig ohne Rücksicht auf die Wohn- und Bodenrechte der örtlichen Kleinbauernfamilien. Land von Großgrundbesitzern wird dagegen nicht angetastet, selbst wenn es – wie so häufig – teilweise brach liegt. Da der Bundesstaat Bahia über das zweitgrößte Windkraftpotenzial des Landes verfügt, sind mehr als 230 Projekte mit einer Kapazität von mehreren Tausend Megawatt in Planung. „Allein für die sechs geplanten Windparks des Complexo Morrinho in Campo Formoso hat die öffentliche Hand 494 Millionen Reais (*Okt. 2016: 141 Millionen Euro*) zur Verfügung gestellt“, heißt es im jüngsten Projektbericht der CPT.

Erfolgreiche Gegenwehr von Kleinbauerngemeinden

Diesem Bedrohungspotenzial für kleinbäuerliche Landrechte durch Bergbau, Windkraft und andere Großprojekte tritt die CPT im Norden Bahias durch ein ganzes Maßnahmenpaket entgegen. Es sieht im aktuellen Projekt u.a. Versammlungen, Seminare und Workshops sowie die Produktion von Radioprogrammen und Informationsmaterialien zur Rechtsberatung und Aufklärung betroffener Gemeinden vor. Auch die Überprüfung von bereits abgeschlossenen Verträgen zwischen Bergbau- oder Windkraftunternehmen und Kleinbauerngemeinden, Mediation im Konfliktfall und Unterstützung bei Verhandlungen mit Behörden gehören zu den Maßnahmen. Etliche von ihnen waren im letzten Jahr erfolgreich, so wie etwa die Unterstützung von acht Gemeinden in Campo Alegre. Sie hatten sich vor dem Regionalgericht erfolgreich gegen den Verlust ihrer Ländereien an den Phosphatabbau durch das Unternehmen Galvani gewehrt. Die Gemeinde Simpatia im Landkreis Lajedinho erzielte ihrerseits immerhin einen Aufschub der Bodenuntersuchungen für ein neues Bergbauprojekt. Währenddessen konnten die Fischerfamilien in Medrado im Landkreis Andorinhas ein Abkommen aushandeln, das dem benachbarten Bergbauprojekt die weitere Wasserentnahme aus dem gemeinsam genutzten Staudamm verwehrt.



Informationsarbeit gegen Landnahme

Um diese und andere Erfolge zu erreichen, hat die CPT im letzten Jahr rund 30 Gemeindeversammlungen in Campo Alegre de Lourdes, Cansanção, Mirangaba, Uauá, Lajedinho und Andorinhas abgehalten. Dort wurden mit den betroffenen Gemeinden Strategien der Gegenwehr gegen Landnahme bzw. Umweltschäden durch Unternehmen und Großprojekte diskutiert und geplant. Darüber hinaus waren zahlreiche Treffen mit Umweltverbänden und Bürgerinitiativen sowie die Produktion von rund 4.000 Plakaten und Flugblättern notwendig, um die Öffentlichkeit für die Bedrohung von Umwelt, Gesundheit und Landrechten in den betroffenen Landkreisen zu sensibilisieren.



Bei der Umsetzung des zweiten Projektziels, die Bedrohung kleinbäuerlicher Landrechte und Lebensweise durch Windkraftparks abzuwehren, stehen die betroffenen Gemeinden dagegen noch am Anfang. In diesem Arbeitsfeld wurden im letzten Jahr erst einmal Radioprogramme für Lokalsender, Internetblogs und Broschüren produziert, die über geplante Windkraftprojekte und ihre Folgen für die Landgemeinden aufklären. Hier muss noch viel getan werden, um die Landarbeitervereinigungen soweit in Landrechts- und Umweltfragen fit zu machen, dass sie gegebenenfalls Rechtsverletzungen der Windkraftunternehmen öffentlich machen und entsprechenden Druck auf die zuständigen Behörden ausüben können.

„Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir sind keinesfalls gegen eine an sich umweltfreundliche Energieerzeugung. Doch großflächige Anlagen, die wie so viele andere staatlich forcierte ‚Entwicklungs‘-Projekte im Sertão allein auf Kosten der kleinbäuerlichen Bevölkerung gehen, lehnen wir strikt ab“, heißt es im Bericht der CPT.

Nachwuchssorgen in der Kleinbauernbewegung

Neben Maßnahmen in diesen beiden Programmschwerpunkten hat die CPT im letzten Jahr noch eine Menge anderer Aktivitäten zur Vernetzung von Landgemeinden sowie in der Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit unternommen. Dabei ging es vor allem um die Mobilisierung gegen Gewalt bei Landkonflikten und gegen sklavenähnliche Arbeitsbedingungen auf Ländereien von Grundbesitzern. Auch am Thema Agrarreform blieb die CPT in Diskussionen mit politischen Entscheidungsträgern und Behörden am Ball, obwohl dieses Thema entgegen ursprünglichen Erwartungen von den PT-Regierungen unter Lula und Dilma Rousseff verschleppt wurde und nun angesichts der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Krise in Brasilien erst recht keine Unterstützung von offizieller Seite bekommen wird. „Trotz unserer Erfolge der letzten Jahre stellen wir bei den sozialen Bewegungen eine gewisse Entmutigung und Müdigkeit fest. Die ist wohl der aktuellen politischen Konjunktur in unserem Land geschuldet“, so die Schlussfolgerung im CPT-Bericht des letzten Jahres. „Vor allem in der Jugendbewegung müssen wir mehr Arbeit leisten und gezieltere Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung junger Leute unternehmen. Sonst wird den Kleinbauerngemeinden in Zukunft der Nachwuchs an geeigneten Führungspersonlichkeiten ausgehen.“

Jutta Bangel/SJF/10-2016

MISEREOR wird weiterhin nicht nur die CPT Centro Norte, sondern auch die Arbeit der anderen Regionalstellen der CPT in Brasilien fördern. Daran beteiligt sich auch die deutsche Bundesregierung.